

Ute Frevert, Heinz-Gerhard Haupt (Hg.)

Neue Politikgeschichte

Perspektiven einer historischen
Politikforschung

Historische
Politikforschung **campus**

Neue Politikgeschichte

Historische Politikforschung

Herausgegeben von Wolfgang Braungart, Neithard Bulst,
Ute Frevert, Heinz-Gerhard Haupt und Willibald Steinmetz

Band 1

Ute Frevert ist Professorin für deutsche Geschichte an der Yale University, USA.

Heinz-Gerhard Haupt ist Professor für Sozialgeschichte an der Universität Bielefeld und lehrt zuzeit am europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

Ute Frevert, Heinz-Gerhard Haupt (Hg.)

Neue Politikgeschichte

Perspektiven einer historischen Politikforschung

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Dieser Band ist im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 584 »Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte« an der Universität Bielefeld entstanden und wurde auf Veranlassung des SFB unter Verwendung der ihm von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Verfügung gestellten Mittel gedruckt.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-37735-7

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2005 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

Inhalt

Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen <i>Ute Frevert</i>	7
Das Zeremoniell als politischer Kommunikationsraum: Inthronisationsfeiern in Preußen im »langen« 19. Jahrhundert <i>Jan Andres, Matthias Schwengelbeck</i>	27
Augusta-Erlebnisse: Repräsentationen der preußischen Königin 1870 <i>Alexa Geisthövel</i>	82
Die Familiarisierung des Politischen im Kino der Stalinzeit: Zur Filmkomödie als Genre sowjetischer Populärkultur <i>Sabine Hänsgen</i>	115
»Außerparlamentarisch oder antiparlamentarisch?« Mediale Deutungen und Benennungskämpfe um die APO <i>Meike Vogel</i>	140
Verfassungsumbruch und Staatsrechtswissenschaft: Die Verfassung des Politischen zwischen Konstitutionalismus und demokratischer Republik <i>Christoph Gusy</i>	166
Ungleiche Reifegrade: Die Debatten um Altersgrenzen in der Weimarer Republik <i>Peter Behrendt</i>	202

Engagement und Elfenbeinturm: Zur politischen Dimension der Literatur in der frühen Bundesrepublik und der IV. Republik Frankreichs <i>Dagmar Günther</i>	241
Politik und Religion: Semantische Grenzen und Grenzverschiebungen in der Bundesrepublik Deutschland 1965–1975 <i>Pascal Eitler</i>	268
Historische Politikforschung: Praxis und Probleme <i>Heinz-Gerhard Haupt</i>	304
Autorinnen und Autoren.....	314

Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen

Ute Frevert

Politikgeschichte ist wieder im Kommen. Selbst Historiker, die ihr lange abhold waren, finden an ihr Gefallen. In Bielefeld, das sich seit den siebziger Jahren einen Namen als Himmel – oder Hölle, je nach Standpunkt – der Sozialgeschichte gemacht hat, arbeiten Historiker, aber auch Juristen, Literaturwissenschaftler und Soziologen an einem breit angelegten Forschungsprojekt über »Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte«. Erste Ergebnisse seien hier vorgestellt.

Warum diese Hinwendung zur Politikgeschichte? Was macht sie auf einmal für jene interessant, die bislang eher andere Schwerpunkte setzten? Gibt es Überleitungen, Verknüpfungen, werden Brücken geschlagen? Oder ist hier eine neue Generation von Wissenschaftlern dabei, unbekümmert um die Grabenkämpfe der Älteren frische Segel aufzuziehen und jene Gefilde anzusteuern, die zuvor als fremdes Territorium ausgegrenzt worden waren? Wenn ja, was haben sie im Gepäck? Und was lässt die Reise als lohnend erscheinen?

I. Gebremste Modernisierung versus Marginalisierung

Ein Blick zurück: In den siebziger Jahren, als ein neuer Wind durch die Universitäten und akademischen Studierstuben wehte, musste auch die Politikgeschichte, bis dahin die weithin unangefochtene Domina der Geschichtsschreibung, Kritik einstecken. Sie sollte, wie es Andreas Hillgruber 1972 auf dem Regensburger Historikertag verkündete, modernisiert werden. Anstatt nach der Devise »Männer machen Geschichte« zu verfahren, hatte sich die politische Geschichte modernen Fragestellungen zu öffnen, systematische Kategorien der Politikwissenschaft zu verwenden und eine Verbindung zur Sozial- und Strukturgeschichte zu suchen. Mit diesem Modernisierungsangebot kam Hillgruber dem wissenschaftlichen und politischen Zeitgeist weit entgegen. Zugleich aber markierte er klare Grenzen. Gesellschaftsgeschichtlichen Integrationsansprüchen, wie er sie in Konzepten des »Sozialimperialismus«, des »Pri-

mats der Innenpolitik« oder des »Organisierten Kapitalismus« entdeckte, entzog er sich mit dem Hinweis auf das »relative Eigengewicht des Politischen«. Inhaltlich hielt er daran fest, dass sich die politische Geschichte schwerpunktmäßig mit »Staaten und ihren Beziehungen untereinander« zu beschäftigen habe; als »große Themen« identifizierte er die Geschichte der »deutschen Großmacht« zwischen 1866 und 1945 sowie die Geschichte des Weltmächtesystems nach 1945. Methodisch ging es ihm darum, die »Intentionen und Zielvorstellungen der Führungsgruppen der Großstaaten und ihrer wichtigsten Repräsentanten« herauszuarbeiten. In dem Maße, wie das Entscheidungshandeln jener Führungsgruppen und Repräsentanten von anderen Faktoren (etwa von wirtschaftlichen Interessen) beeinflusst wurde, gerieten auch letztere in den Blick der »modernen« Politikgeschichte – aber lediglich an nachgeordneter Stelle.¹

Der Aufbruch in die Modernität vollzog sich demnach nur mit halber Kraft. Wichtiger als der Abschied von älteren Konzepten und Denkmustern war die Abwehr des Neuen. Es galt, das Territorium der Politikgeschichte gegen das vorgebliche Hegemonialstreben einer ideologisierten und politisierten »Sozialgeschichte« zu verteidigen. Aus dieser defensiven Grundhaltung heraus konnte es opportun sein, der traditionellen Politikgeschichte einen modernen Anstrich zu geben; im Kern aber hielt man an ihrem eingebürgerten methodischen Arsenal und Themenkanon fest. Defensiv kam auch die Bescheidenheitsgeste daher, mit der sich Politikgeschichte als eine »Teildisziplin« der allgemeinen Geschichtswissenschaft verortete. Zugleich aber vertrat Hillgruber die vollmundige These, der »Verlauf der allgemeinen Geschichte« werde »wesentlich« durch die »Gegensätze zwischen den Groß- und Weltmächten« bestimmt – und nicht etwa, wie eine »herrschaftsüchtige« Wirtschafts- und Sozialgeschichte glauben machen wollte, durch sozioökonomische Konstellationen und Konfliktlagen.²

Diese Behauptung stieß erwartungsgemäß auf Widerspruch. Und auch die defensive Modernisierung der Politikgeschichte ging denjenigen nicht weit genug, die in den frühen siebziger Jahren eine grundlegende Erneuerung und Umorientierung der Geschichtswissenschaft aus dem Geist der Gesellschaft anstrebten. Im ersten Band von *Geschichte und Gesellschaft*, die sich im Untertitel *Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft* nannte (und nennt), saß Hans-Ulrich Wehler 1975 über Hillgruber und die von ihm vertretene Richtung zu Gericht. Er konfrontierte die Politikgeschichte mit ihren theoretischen und methodi-

1 Andreas Hillgruber, Politische Geschichte in moderner Sicht, in: Historische Zeitschrift 216 (1973), S. 529-552, Zitate S. 530, 532f., 542f.

2 Ebd., S. 532f.

schen Unzulänglichkeiten, kritisierte ihren verengten Blick auf »Politik« und skizzierte einige politikwissenschaftliche Begriffe und Konzepte, die zu einer Klärung und Erweiterung des Forschungsgegenstandes beitragen könnten. Das Programm, Geschichte als »historische Sozialwissenschaft« zu konzipieren, stellte auch die Politikgeschichte vor die Aufgabe, eine dreifache »Wende« zu vollziehen: Sie hatte sich mit Strukturen zu beschäftigen anstatt mit individuellen Akteuren und deren Intentionen, Vorstellungen oder Zielen; sie hatte »Gesellschaft« als Gravitationszentrum zu begreifen; und sie hatte – analog zu den systematischen Sozialwissenschaften – analytisch zu werden, anstatt Geschichten zu erzählen.³

Die überwiegende Mehrzahl der Politikhistoriker jedoch verweigerte sich diesem Anspruch. Ihr Flirt mit der Moderne erschöpfte sich darin, komplexere Details staatlicher Innen- und Außenpolitik zu rekonstruieren; eine theoretische Neukonzeptualisierung des Politischen aber fand ebenso wenig statt wie eine gründliche Reflexion jener Fragen und Herausforderungen, die die historische Sozialwissenschaft aufgeworfen hatte. Weder der »Primat der Innenpolitik« noch das vorsichtiger Theorem der »restriktiven Bedingungen« politischen Entscheidungshandelns waren es augenscheinlich wert, intensiv diskutiert zu werden. Aufgrund dieser selbst auferlegten Zurückhaltung konnte Wehler in den neunziger Jahren zu Recht bilanzieren, der »Aufbruch in das gelobte Land einer wahrhaft »modernen Politikgeschichte« habe in Deutschland noch immer nicht begonnen.⁴

Dies lag allerdings nicht nur in der Verantwortung der Politikhistoriker. Auch die Historische Sozialwissenschaft hat sich, ungeachtet ausgreifender Anfangsentwürfe, um die Weiterentwicklung der politischen Geschichtsschreibung nicht verdient gemacht. In ihrem Themenkanon kam das Politische nur am Rande vor. Zwar war und blieb »1933«, ein genuin politisches Datum, der Fluchtpunkt zahlreicher sozial- und gesellschaftsgeschichtlicher Untersuchungen. Auch das Selbstverständnis vieler Historiker und Historikerinnen, die sich diesem Ansatz verbunden fühlten, war ein politisches, wollten sie doch zur Selbstaufklärung der Gesellschaft beitragen und ihrer Wissenschaft eine kritische, nicht zuletzt auch herrschaftskritische Funktion zuerkennen. Politisch war die Sozialgeschichte auch insofern, als sie, vor allem in ihren Anfangsjahren, bevorzugt Themen auswählte, die sich auf Politik und Verfassung aus

3 Hans-Ulrich Wehler, *Moderne Politikgeschichte oder »Große Politik der Kabinette«?* in: *Geschichte und Gesellschaft* 1 (1975), S. 344-369; Jürgen Kocka, *Historische Sozialwissenschaft heute*, in: Paul Nolte u.a. (Hg.), *Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte*, München 2000, S. 5-24, hier S. 10f.

4 Hans-Ulrich Wehler, *Politik in der Geschichte*, München 1998, S. 160ff., 178ff.

innenpolitischer Sicht bezogen: Streiks, Verbände, Parteien, Wahlverhalten, Parlamentarismus.

Dennoch kann man nicht behaupten, dass die Historische Sozialwissenschaft im Allgemeinen und die Sozialgeschichte im Besonderen ein großes Interesse oder ein waches Gespür für die Geschichte des Politischen an den Tag legten. In dem Maße, wie »Gesellschaft« zum zentralen »historischen Zusammenhang« (Kocka) erklärt wurde, nahm man nicht nur Abstand von der traditionellen Spielart von Politikgeschichte, die »Politik« und ganz besonders Außenpolitik als einen solchen Zusammenhang privilegiert hatte. Man gab zudem der Neigung nach, »Politik« in »Gesellschaft« aufzulösen und unkenntlich werden zu lassen. Politik verschwand zusehends aus der Arena der als wichtig erachteten Bereiche. Als erklärungsbedürftig erschien weniger das politische Handeln (im engeren oder weiteren Sinn) als soziale oder ökonomische Strukturen. Letztere galten nicht nur als Rahmenbedingungen, unter denen politische Entscheidungen gefällt wurden, sondern geradezu als deren Determinanten; sie erwarben gleichsam den Status unabhängiger Variablen, während Politik in die Nähe eines Derivats geriet.

Diese Neigung, Politik zu marginalisieren, zeichnete nicht nur sozialhistorische Forschungen in der Bundesrepublik aus. In Frankreich hatte die einflussreiche Schule der Annales der *histoire événementielle*, der sie vor allem die Politikgeschichte zuordnete, eine klare Absage erteilt; statt kurzfristiger (politischer) Ereignisse standen langfristige ökonomische, soziale, demographische Entwicklungen im Mittelpunkt des Interesses.⁵ In Großbritannien und den USA ließen sich in den sechziger und siebziger Jahren ähnliche Tendenzen entdecken. Auch hier besetzte die *new social history* Themenfelder, die betont Abstand nahmen von jenen klassischen Perspektiven und Interpretationsansätzen, die die politische Geschichtsschreibung kennzeichneten.⁶ Verglichen mit der bundesrepublikanischen Entwicklung gerierte sich gerade die US-amerikanische Sozialgeschichte sehr viel politikferner; die Wende zur »Gesellschaft« wurde hier ungleich entschiedener vollzogen.

5 Jacques Juillard, Political History in the 1980s, in: Theodore K. Rabb/Robert I. Rotberg (Hg.), *The New History. The 1980s and Beyond*, Princeton 1981, S. 30-47; James F. McMillan, *Social History, »New Cultural History«, and the Rediscovery of Politics. Some Recent Works on Modern France*, in: *Journal of Modern History* 66 (1994), S. 755-772.

6 Mark H. Leff, Revisioning U.S. Political History, in: *American Historical Review* 100 (1995), S. 829-853; Detlev Mares, Zum Verhältnis von Sozialgeschichte und Politikgeschichte in Großbritannien, in: *Neue Politische Literatur* 44 (1999), S. 81-86; Susan Pedersen, *What is Political History Now?*, in: David Cannadine (Hg.), *What is History Now?*, New York 2002, S. 36-56.

II. Bringing politics back in

Eben deshalb schlug das Pendel hier auch am stärksten zurück. Seit den achtziger Jahren etablierte sich in den USA eine neue Forschungsrichtung, die Politikwissenschaftler und Sozialhistoriker in dem Bemühen vereinte, die Distanz zwischen »Politik« und »Gesellschaft« zu verringern. Unter dem Motto *bringing the state back in* erprobte sie eine Geschichtsschreibung, die dem Staat wieder größeres Gewicht einräumte, ohne dabei jedoch die Wirkmächtigkeit gesellschaftlicher und ökonomischer Strukturen zu unterschlagen. Zugleich lehnte sie es ab, den Staat, als vorgeblich wichtigsten politischen Akteur, in seinen wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeiten aufgehen zu lassen, und beharrte stattdessen auf seinem relativen Eigengewicht und seiner Fähigkeit, soziale Verhältnisse durch politisch-rechtliche Vorgaben zu gestalten.⁷

In der Bundesrepublik war eine solche Rückkehr zum Staat als historischem Forschungsgegenstand nicht nötig, da man sich hier nie so weit wie in den USA oder in Großbritannien davon entfernt hatte.⁸ Dazu hatte einerseits die in den siebziger Jahren mit großer Heftigkeit geführte Debatte über Konzepte des staatsmonopolistischen Kapitalismus beigetragen, die hauptsächlich von DDR-Historikern vertreten wurden.⁹ Im Gegenzug hatten sich Argumente zugunsten einer »relativen Autonomie« des Staates geltend gemacht und ein »Interesse des Staates an sich selbst« zum Ausgangspunkt politikwissenschaftlicher und politikgeschichtlicher Analysen bestimmt.¹⁰ Andererseits hatten sowohl die traditionelle Staatslastigkeit der deutschen intellektuellen Diskussion als auch die starke Gestaltungspräsenz des Staates und seiner Verwaltung in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts verhindert, dass der Staat als politischer Akteur historiographisch ins Abseits geriet. Vielmehr bestand hier eher die Gefahr, das Politische im Staatlichen aufgehen zu lassen und nicht-staatliche Akteure aus dem Blick zu verlieren.

7 Peter Evans/Dietrich Rueschemeyer/Theda Skocpol (Hg.), *Bringing the State Back in*, Cambridge 1985; Theda Skocpol, *Protecting Soldiers and Mothers: The Political Origins of Social Policy in the United States*, Cambridge 1992.

8 Dieter Langewiesche, *Sozialgeschichte und Politische Geschichte*, in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hg.), *Sozialgeschichte in Deutschland*, Bd. I, Göttingen 1986, S. 9-32, hier S. 19.

9 Jürgen Kocka, *Organisierter Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus?*, in: Heinrich August Winkler (Hg.), *Organisierter Kapitalismus*, Göttingen 1974, S. 19-35.

10 Claus Offe, *Berufsbildungsreform*, Frankfurt 1975, S. 12f.; Hans Mommsen, *Politische Geschichte*, in: Klaus Bergmann u.a. (Hg.), *Handbuch der Geschichtsdidaktik*, Hannover ⁵1997, S. 197-200, mit dem Hinweis, dass politische Systeme »eigene Regulative entwickeln, die nicht unmittelbarer Ausdruck dominanter gesellschaftlicher Interessenlagen und vorherrschender ideologischer Strömungen sind« (199).

Dieser Gefahr begegnete zum einen die Politische Soziologie, die schon begrifflich versuchte, »Politik« und »Gesellschaft« intensiver aufeinander zu beziehen. Sie richtete ihre Aufmerksamkeit auf intermediäre Gruppen, Organisationen und Institutionen, die zwischen der Sphäre des Staates und der der Gesellschaft vermittelten. Bevorzugte Untersuchungsobjekte der siebziger und achtziger Jahre waren (neue) soziale Bewegungen, Verbände und Parteien sowie Wählerverhalten. Diese Forschungen wurden von der Historischen Sozialwissenschaft aufgegriffen und regten zahlreiche Spezialstudien zum Parteien-, Verbände- und Vereinswesen seit dem späten 18. Jahrhundert an.

Zum anderen übte die seit den achtziger Jahren präsente Alltagsgeschichte Kritik an der Verengung des politischen Raums auf den Staat und dessen Tätigkeiten. Unter Rückgriff auf Überlegungen des amerikanischen Politologen Theodore Lowi zu verschiedenen *policy arenas* schlug sie vor, zwischen einer Arena formalisierter und staatsbezogener Politik und einer »Arena der Alltagspolitik« zu unterscheiden. Beide Arenen waren aufeinander bezogen und prägten sich wechselseitig, folgten jedoch auch eigenen Logiken und Referenzen. In beiden spielten sowohl Gefühle eine Rolle als auch instrumentelle Orientierungen, beide zeichneten sich durch einen besonderen Intensitätsgrad dieser Gefühle und Praktiken aus. War die Arena formalisierter und staatsbezogener Politik im Wesentlichen deckungsgleich mit dem Handlungsfeld von Verbandsfunktionären und Berufspolitikern, konnte sich in der Arena der Alltagspolitik der »Eigen-Sinn« der kleinen Leute entfalten: in Werkstätten und in der Fabrik ebenso wie in Nachbarschafts- und Familienbeziehungen, in Wirtshäusern und auf der Straße.¹¹

Zweifellos hat die Alltagsgeschichte dazu beigetragen, den Begriff von Politik zu entstaatlichen und Politisches auch dort zu erkennen, wo es nicht um die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen ging. Ein derart entgrenzter Begriff des Politischen vermittelt nicht nur den Forschungen zum 19. und 20. Jahrhundert, sondern auch und vor allem Studien zur Vormoderne neue heuristische Impulse. Gerade für historische Zeiträume, in denen der Staat noch nicht jener omnipotente, multifunktionale Akteur war, als der er sich seit dem 17. Jahrhundert herauspräparierte, bietet ein staatsferner Begriff von Politik mehr Identifikations- und Anschlussmöglichkeiten als einer, der

11 Alf Lüdtke, Rekonstruktion von Alltagswirklichkeit – Entpolitisierung der Sozialgeschichte?, in: Robert M. Berdahl u.a., Klassen und Kultur, Frankfurt 1982, S. 321-353, v.a. S. 339ff.; ders., Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitserfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993, S. 390ff.; Thomas Lindenberger, Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900–1914, Bonn 1995; Geoff Eley, Wie denken wir über Politik? Alltagsgeschichte und die Kategorie des Politischen, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Alltagsgeschichte, Subjektivität und Geschichte, Münster 1994, S. 17-36.

sich auf die Rekonstruktion zentralisierter Entscheidungsprozesse und -handlungen versteift. Aber auch in der Moderne eröffnet ein weiter, nicht auf Staats- und Verwaltungstätigkeiten und deren Personal verengter Begriff von Politik neue Perspektiven. Er erlaubt es beispielsweise, soziale Gruppen zu untersuchen, deren politische Handlungsspielräume im klassischen Sinn ausgesprochen begrenzt waren, die aber gleichwohl über politische Artikulationsmöglichkeiten im weiteren Sinn verfügten. Dazu gehören (bis heute) Frauen, aber auch Jugendliche oder ethnische Minderheiten.

Gerade die feministische Theorie hat frühzeitig darauf aufmerksam gemacht, dass ein enger Politikbegriff Frauen kategorisch aus dem Feld des Politischen herausdrängt.¹² Wenn Politik lediglich das ist, was in Parlamenten und an Kabinetttischen, in Verbandslobbys und intermediären Organisationen verhandelt und entschieden wird, dann sind Frauen davon bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein formal, danach faktisch ausgeschlossen. Eine feministisch gewendete und gedehnte Politikgeschichte findet demgemäß mindestens drei Ansatzpunkte: Erstens kann sie, noch relativ traditionell, den Kampf von Frauen um Inklusion und die davon provozierten Abwehrstrategien untersuchen. Das ist seit den siebziger Jahren mit wechselnden Schwerpunkten getan worden und hat unter anderem eine Vielzahl von Studien zu Frauenbewegungen und deren Widersachern hervorgebracht. Zweitens lässt sich der feministische Blick auf Politik aber auch so fokussieren, dass er die Logik der Politik, wie sie in bestimmten historischen Epochen definiert wurde, in ihrer Geschlechtergebundenheit freilegt: ihre Semantik, ihre Metaphern, ihre Sagarbeitsregeln, ihre internen Referenzen. Auf diese Weise kann man zeigen, dass der Raum des Politischen nicht nur männlich geprägt ist, sondern dass er auf der sprachlich und außersprachlich markierten Differenz der Geschlechter aufruft und diese auf seine spezifische Art reproduziert und verstärkt. Drittens schließlich – und hier treffen Geschlechter- und Alltagsgeschichte aufeinander – fasst eine feministische oder geschlechtergeschichtliche Perspektive die vorgeblichen Grenzen zwischen dem Politischen und dem Un- oder Nichtpolitischen kritisch ins Auge, die oft, aber nicht immer, identisch sind mit den Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, zwischen männlicher und weiblicher Sphäre.¹³

Die feministischen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre haben eben dies in ihrer »politischen« Praxis sehr erfolgreich getan. Unter dem Motto

12 Joan W. Scott, *Gender and the Politics of History*, New York 1988, S. 26f., 46ff.

13 Herta Nagl-Docekal/Herlinde Pauer-Studer (Hg.), *Politische Theorie, Differenz und Lebensqualität*, Frankfurt 1996; Thomas Kühne, *Staatspolitik, Frauenpolitik, Männerpolitik: Politikgeschichte als Geschlechtergeschichte*, in: Hans-Medick/Ann-Charlott Trepp (Hg.), *Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte*, Göttingen 1998, S. 171-231.

»Das Persönliche ist politisch« haben sie Themen- und Problemfelder, die vormals als unpolitisch galten, in den Bereich öffentlicher Diskussion und Kommunikation hineingezogen und politisch bearbeitbar gemacht.¹⁴ Ihr Beispiel verweist darauf, dass die Grenzen des Politischen historisch variabel sind und dass die Definition dessen, was Politik und politikfähig sei, ein ausgesprochen zeitgebundenes Phänomen ist. Sie ist darüber hinaus aber auch ein Machtphänomen, ein Ergebnis konkurrierender Interessen und Durchsetzungschancen. Ob eine bestimmte Akteursgruppe als politikfähig wahrgenommen wird, hängt nicht nur von ihren eigenen Aktions- und Mobilisierungsformen ab, sondern auch von ihrer Fähigkeit, andere Gruppen zu assoziieren und mit ihnen zu koalieren. Ob die von dieser Akteursgruppe aufgeworfenen Probleme als »politisch« betrachtet werden, ist abhängig von der Wahrnehmungsbereitschaft anderer, aber auch von der Platzierung solcher Probleme in einem ebenso anschluss- wie dramatisierungsfähigen Kontext. Die Grenzziehung zwischen Politischem und Unpolitischem gehört damit zu den wichtigsten, aber auch umstrittensten Handlungsfeldern politischer Akteure.

III. Politik als Kommunikation

Aus solchen Überlegungen, wie sie seit den achtziger Jahren in »Randzonen« der Geschichtsforschung, also jenseits der klassischen Politikgeschichte und jenseits ihrer sozialgeschichtlichen Herausforderer, angestellt wurden, aber auch aus den politischen Erfahrungen jener Zeit ergibt sich die Schlussfolgerung, dass eine allgemeine, überzeitliche Definition des Politischen, die sich etwa auf bestimmte Gegenstandsbereiche konzentriert, weder möglich noch sinnvoll ist. Dies bestätigt die – aus einer anderen historischen Erfahrung und Theorietradition stammende – These Carl Schmitts, wonach das Politische »kein eigenes Sachgebiet« bezeichne, sondern nur den »*Intensitätsgrad* einer Assoziation und Dissoziation von Menschen«.¹⁵ Es markiert den Willen und die Fähigkeit von Menschen, ihre gesellschaftlichen Beziehungen selber zu ordnen, in der Regel durch »einvernehmliche« Kommunikations- und Refle-

14 Seyla Benhabib (Hg.), *Democracy and Difference: Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton 1996.

15 Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Berlin 1991 [Orig. 1932], S. 38.

xionsprozesse, letztinstanzlich mittels organisierter Gewalt.¹⁶ Welche Beziehungen bewusster Ordnung und Steuerung bedürfen und welche außerhalb des politischen Feldes bleiben, ist eine Sache des Aushandelns. Auch die Medien, mittels derer geordnet und gesteuert werden kann, sind disponibel: Ob Recht oder physische Gewaltanwendung, ob Geld oder Moral eingesetzt werden, um in soziale Beziehungen zu intervenieren und sie verbindlich zu strukturieren, wird in einer politischen Arena verhandelt und entschieden, in die – direkt oder indirekt, manifest oder latent – vielfältige und widerstreitende Interessen und Informationen Eingang finden.

Damit ist selbstverständlich nicht gemeint, dass solche Verhandlungen in einem herrschaftsfreien Raum unverstellter Kommunikation stattfinden. »Aushandeln« heißt nur, dass Politik sich nicht als eindimensionaler Akt oder Prozess darstellt, in dem von oben nach unten dekretiert, regiert, entschieden wird. Als kommunikatives Handeln beruht Politik nicht nur auf einer Sprechhandlung, sondern auch auf einer Verstehenshandlung. Letztere setzt Partizipation voraus, nicht unbedingt im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe, aber zumindest als wie auch immer generierte Bereitschaft, die Nachricht innerhalb eines vorgegebenen Auswahlbereichs zu situieren und zu lesen.

Politik besteht damit nur zum Teil aus einem Sprechhandeln, das Informationen, Interessen, Botschaften, mitunter auch Befehle mitteilt. Sie besteht auch und in höherem Maße aus den Bemühungen, den Auswahlbereich, innerhalb dessen dieses Sprechhandeln vernommen, mit Sinn versehen und beantwortet wird, zu bestimmen, zu kontrollieren und zu begrenzen. Es geht ihr in der Regel darum, Eindeutigkeiten zu schaffen. Unter bestimmten Umständen aber kann es als opportun erscheinen, ebensolche Eindeutigkeiten zu vermeiden und gezielt Ambivalenzen zuzulassen, wofür sich das Medium der politischen Rede, historisch verbürgt, vorzüglich eignet. Gerade weil es so wichtig ist, die Verstehenshandlung zu präformieren und ihren Selektionsradius unter Kontrolle zu halten, bedient sich Politik einer schier unendlichen Fülle von Redeformen. Das ist im Übrigen kein Spezifikum moderner demokratischer Gesellschaften, selbst wenn diese, unterstützt durch eine exponentiell wachsende Medienvielfalt und -dichte, die Foren und Anlässe solcher Reden multipliziert haben. Auch in politischen Systemen, die totalitären Charakter tragen und dazu neigen, Kommunikation einlinig zu organisieren, fällt die Bedeutung ins Auge, die der politischen Rede zugemessen wird. Offensichtlich können und wollen auch totalitäre und autokratische Regime nicht darauf verzichten,

16 Ulrich K. Preuß, Umriss einer neuen konstitutionellen Form des Politischen, in: ders., *Revolution, Fortschritt und Verfassung*, Frankfurt 1994, S. 123-170, v.a. S. 129, 156; Hannah Arendt, *Macht und Gewalt*, München 1970, S. 45.

ihre politischen Botschaften verständlich und damit zustimmungsfähig zu machen. Im Unterschied zu pluralistisch organisierten Gesellschaften aber legen sie großen Wert darauf, den Auswahlbereich jener Botschaften möglichst eng zu fassen und deren Sinndeutungen autoritativ vorzugeben.

Nicht die Kommunikation als solche, sondern lediglich der Grad ihrer Offenheit und Vieldeutigkeit unterscheidet demnach demokratische von nicht-demokratisch verfasster Politik. Diese Unterscheidung kennzeichnet nicht nur moderne, sondern auch vormoderne Gesellschaften. Auch in ihnen konstituiert sich Politik als und durch Kommunikation; allerdings findet Kommunikation hier in der Regel unter Anwesenden statt und gehorcht damit spezifischen Erwartungen. Der frühneuzeitliche Hof stellt ebenso wie die vormoderne Stadt einen Kommunikationsraum dar, in dem Politik durch die Interaktion unmittelbar Beteiligter und Betroffener geformt wird.¹⁷ Diese »Interaktionskommunikation« bedarf, um akzeptable Ergebnisse hervorzubringen, einer »rigorosen Formung«.¹⁸ Dafür steht ein breites Arsenal von Ritualen, Zeremonien und symbolische Praktiken bereit, die die gegebenen oder erwünschten politischen Verhältnisse einerseits abbilden, andererseits aber (und mehr noch) herstellen und transformieren helfen. Solche Rituale, die Macht und Herrschaftsansprüche sichtbar werden lassen, zugleich aber auch ihren Vollzug dokumentieren, umfassen beispielsweise Huldigungsfeiern, in denen sich der Monarch den Untertanen präsentiert und deren Treue einfordert. Insoweit ließe sich eine Huldigung als Manifestation des Obrigkeitsstaates und als Ausweis autokratischer, von oben nach unten durchstrukturierter Herrschaft interpretieren. Dafür sprächen die präzise geplante Choreographie der Huldigung, die räumlich, sachlich und sozial festgelegten Positionen und Rollen, die vorgegebenen Gesten und Formeln, in denen sich die Feiern abspielten. Schaut man genauer hin, entfalten letztere aber noch eine andere politische Dimension: Sie waren auch Veranstaltungen der Untertanen, Medien ihrer potentiell herrschaftskritischen Erwartungen und Ziele. Die Huldigung zeichnete sich durch eine inhärente Reziprozität aus: Indem der Fürst die Loyalitätsbekundungen seiner Untertanen entgegennahm, verpflichtete er sich dazu, sich dieser

17 Rudolf Schlögl, Der frühneuzeitliche Hof als Kommunikationsraum, in: Frank Becker (Hg.), *Geschichte und Systemtheorie. Exemplarische Fallstudien*, Frankfurt 2004, S. 185-225; ders., *Vergesellschaftung unter Anwesenden. Zur kommunikativen Form des Politischen in der vormodernen Stadt*, in: ders. (Hg.), *Interaktion und Herrschaft. Die Politik der frühneuzeitlichen Stadt*, Konstanz 2004, S. 9-60, sowie die übrigen Beiträge des Bandes. Zum Mittelalter siehe Gerd Althoff, *Spielregeln der Politik im Mittelalter. Kommunikation in Frieden und Fehde*, Darmstadt 1997; ders., *Die Macht der Rituale. Symbolik und Herrschaft im Mittelalter*, Darmstadt 2003.

18 Michael Sikora, *Der Sinn des Verfahrens*, in: Barbara Stollberg-Rilinger (Hg.), *Vormoderne politische Verfahren*, Berlin 2001, S. 25-51.

Loyalität würdig zu erweisen, den Untertanen ein guter und gerechter Herrscher zu sein und ihre Erwartungen nicht zu enttäuschen.¹⁹

Zweifellos drückt sich die reziproke Struktur einer mittelalterlichen oder frühneuzeitlichen Huldigung in anderen Zeichen und Referenzen aus als die Wechselseitigkeit moderner politischer Kommunikation. Letztere ist, vor allem seit der Entstehung eines politischen Massenmarktes im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, immer häufiger eine Kommunikation unter Abwesenden. Dies rückt die Rolle von Medien ins Bild. Als Schrift- und Bildmedien, seit den zwanziger Jahren auch als Audiomedien sind sie entscheidend daran beteiligt, Politik zu transponieren und zu kommunizieren.²⁰ Sie verbreiten nicht nur politische Botschaften, sondern sie suchen sie auch zu deuten, selbst wenn diesem Anspruch enge Grenzen gesetzt sind. Kommunikation unter Abwesenden ist sehr viel weniger determinierbar und beeinflussbar als die unter Anwesenden; sie wird automatisch vieldeutiger und amorpher. Jan Andres und Matthias Schwengelbeck zeigen in ihrer Studie über preußische Inthronisationsfeiern im 19. Jahrhundert, wie stark die neuen Printmedien den zeremoniellen Krönungsakt umformten, indem sie ihn durch distanzierende Berichterstattung für Umdeutungen und Kritik zugänglich machten. Bürgerliche Partizipationsvorstellungen konnten sich in der Zeitungs-Öffentlichkeit deutlicher ausprägen und damit ein wachsendes politisches Eigengewicht beanspruchen, das in einer Kommunikation unter Anwesenden kaum artikulierbar gewesen wäre.

Eine solch kritisch-subversive Lesart war allerdings nur eine mögliche, keineswegs eine notwendige oder gar zwangsläufige Folge medialer Fernkommunikation. Um diese Möglichkeit nach Kräften zu unterbinden, boten sich Mischformen von Nah- und Fern- oder privater und öffentlicher Kommunikation an. In ihrer Untersuchung preußischer Kriegskommunikation 1870 beschreibt Alexa Geisthövel, wie souverän das preußische Königspaar eine solche Mischform benutzte, um die Distanz zwischen Anwesenden und Abwesenden aufzuheben und die Rezeption der Botschaft zu synchronisieren. Indem telegrafische Nachrichten und Privatbriefe, die Wilhelm vom französischen Kriegsschauplatz an seine in Berlin weilende Gattin Augusta schickte, sofort verbreitet (vom Schlossbalkon verlesen, in Zeitungen abgedruckt) wurden, verschmolzen Königin und Volk zu einem nationalen Publikum, zu einer

19 André Hohenstein, *Die Huldigung der Untertanen. Rechtskultur und Herrschaftsordnung 800–1800*, Stuttgart 1991; siehe dazu auch den Artikel von Jan Andres und Matthias Schwengelbeck in diesem Band sowie die Beiträge in Werner Paravicini (Hg.), *Zeremoniell und Raum*, Sigmaringen 1997.

20 Ute Frevert/Wolfgang Braungart (Hg.), *Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte*, Göttingen 2004.

einzigsten Erlebnisgemeinschaft. Dissonanzen und Differenzen waren in diesem wichtigen historischen Moment aufgehoben, Missverständnisse ausgeschlossen. Die Erfahrung, an der vorgeblich privaten Kommunikation des Hohen Paares unmittelbar teilhaben zu dürfen, ließ die sonst vielfach fragmentierte Nation zusammenrücken und leistete einer gleichgerichteten Wahrnehmung und Interpretation der Ereignisse Vorschub.

Mit ähnlichen Mitteln arbeitete das sowjetische Kino der Stalinzeit, das Sabine Hänsgen in ihrem Beitrag zu diesem Band untersucht. Auch hier ging es darum, emotional verdichtete politische Identifikationen zu erzeugen. Nachdem die Versuche der Avantgarde, das Bewusstsein der Bevölkerung durch eine revolutionäre Ästhetik umzuprägen, gescheitert waren, bemühte sich der Unterhaltungsfilm der dreißiger Jahre darum, an traditionelle Formen der Narration anzuschließen. Indem er Politik als Familienerzählung präsentierte, sprach er nicht nur die Gefühle des Publikums an; er nutzte sie zugleich dazu, politische Gemeinschaft emotional zu inszenieren und positiv erlebbar werden zu lassen. Das »Kino für die Millionen« erzählte in immer neuen Variationen den Mythos der »Großen Familie«, in deren harmonischen Konstellationen zwischen Mutter Heimat, Väterchen Stalin und diversen Heldenkindern sich die Zuschauer problemlos selber verorten konnten. Sie fühlten sich als Familienmitglieder angesprochen und unmittelbar in politische Kommunikation einbezogen. Die Familiarisierung des Politischen schaffte die Distanz zwischen »oben« und »unten« ab; seine filmische Repräsentation lud zur emotionalen Identifikation und Vergemeinschaftung ein. Politische Kommunikation wurde damit zugleich entgrenzt und mit einer Aura der Erhabenheit und des Außeralltäglichen versehen.

Dass alle Medien, vom frühneuzeitlichen Flugblatt über die Zeitung und das Radio bis zum Film und Fernsehen politische Öffentlichkeit ausweiten und Kommunikation unter Abwesenden ermöglichen, ist nur eine Dimension ihrer Wirksamkeit. Sie übernehmen darüber hinaus die Rolle von Verstärkern und Multiplikatoren politischer Diskurse, sie definieren die politische Agenda, thematisieren oder dethematisieren politische Fragen und Probleme. Die moderne Medienforschung hat solche Prozesse intensiv beleuchtet; manche Beobachter sprechen von einer neuen »Mediokratie«, in der die Medien, allen voran das Fernsehen, darüber befinden, was politikfähig ist und was nicht.²¹

21 Thomas Meyer, *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*, Frankfurt 2001; Ulrich Sarcinelli, *Das »legitime Theater« der Politik: Über die Rolle des Politischen in der Mediendemokratie*, in: *Vorgänge* 41 (2002), S. 10-22; Hans-Jürgen Bucher, *Die Medienrealität des Politischen: Zur Inszenierung der Politik im Fernsehen*, in: Frevert/Braungart, *Sprachen des Politischen* [wie Anm. 20], S. 268-303; Bernd Weisbrod (Hg.), *Die Politik der Öffentlichkeit –*

Meike Vogel untersucht diese Interferenz von Medien und Politik am Beispiel der westdeutschen Fernsehberichterstattung über die APO zwischen 1966 und 1968. Sie weist nach, in welchem hohem Maß sich das Fernsehen zu einer zentralen politischen Deutungsinstanz entwickelte. Es ließ »Achtundsechzig« nicht nur zu einem Kommunikationsereignis werden, indem es fortlaufend berichtete und der außerparlamentarischen Opposition ein öffentliches Forum verschaffte, das über ihren eigentlichen Handlungsradius weit hinausreichte. Es trug zudem dazu bei, eine breite Debatte über die Legitimität verschiedener, durchaus auch kontrastierender Politikvorstellungen zu entfachen, die die politische Kultur der Bundesrepublik dauerhaft prägte.

Medien übernehmen damit für politische Kommunikationsprozesse nicht nur eine darstellende Funktion; sie bilden nicht nur ab, sondern sie greifen durch die ihnen eigenen Auswahl- und Rahmungsentscheidungen auch performativ ein. Diese Doppelrolle teilen sie mit einer Reihe anderer Inszenierungen des Politischen, beispielsweise dem Zeremoniell als einem politischen Ritual von hoher symbolischer Qualität. Auf die vormoderne Huldigung als sprechendem Beispiel für politische Übergangs- und Herrschaftsrituale wurde in diesem Zusammenhang bereits hingewiesen. Die Annahme, dass solche Rituale der Vergangenheit angehörten und in der angeblich versachlichten Moderne keinen Platz mehr hätten, ist allerdings nicht zu halten. Auch im 19. und 20. Jahrhundert präsentiert sich Politik in Form von Ritualen und symbolischen Praktiken. Auf der Ebene internationaler Beziehungen ist dies überaus deutlich: Staatsbesuche sind bis heute protokollarisch bis ins kleinste Detail geordnete, hochformalisierte Begegnungen, in denen jede Geste, jede Tischordnung, jeder überreichte Blumenstrauß, jedes Defilé eine genau umrissene Bedeutung haben und unmittelbar in Zeichensysteme politischer Macht und Ohnmacht übersetzbar sind.²² Aber auch innerhalb eines Landes konstituiert sich Politik mithilfe und entlang von rituellen Inszenierungen. Das reicht von Inthronisationszeremoniellen, wie sie Matthias Schwengelbeck und Jan Andres für das 19. Jahrhundert beschreiben, über Parteitage bis zu Trauerfeiern, von parlamentarischen Debatten bis zu Straßendemonstrationen, von studentischen Teach-Ins bis zu gewerkschaftlichen Streikaufrufen, von Wahlkampfsports bis zu »Elefantenrunden« und TV-»Duellen«.

Auf diesen rituellen Charakter des Politischen zu verweisen heißt nicht, rituelle Politik als die gleichsam nach außen gewandte Seite des politischen Geschäfts zu begreifen, der eine innere, »wirkliche« und tatsächlich bedeutungs-

Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003.

22 Johannes Paulmann, *Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg*, Paderborn 2000.

volle korrespondiere. Diese Lesart hat in den sechziger und siebziger Jahren der amerikanische Politikwissenschaftler Murray Edelman propagiert, der mit seinen Studien zum symbolischen Gebrauch der Politik großen Einfluss auf die demokratiekritische Debatte nahm. Für Edelman trägt Politik insofern einen »ritualhaften Charakter«, als sie von Politikern und ihren PR-Beratern als »Spektakel« dargestellt werde, mit allen Mitteln theatralischer Dramaturgie. Dahinter aber verberge sich eine Ebene wichtiger »politischer Entscheidungsprozesse«, die die »Lebensumstände der Menschen direkt beeinflussen« und die aus gutem Grund dieser öffentlichen Inszenierung entzogen seien. Spreche die dramaturgische Ebene das Publikum und seine Gefühle an, wirkten im Hintergrund rationale Kräfte und Interessen, die durch das, was der Öffentlichkeit vorgeführt werde, verschleiert und verheimlicht würden.²³

Eine solche Zweiteilung der Politik sieht darüber hinweg, dass auch das, was sich auf der Hinterbühne abspielt, durch Zeichen und deren Interpretation wirkt. Insofern ist es ebenso symbolisch-symbolisierend wie das, was vor dem Vorhang abläuft. Zudem neigt Edelman dazu, die Manipulierbarkeit solcher Zeichen zu überschätzen und ihre Eigendynamik unterzubewerten. Rituale sind nicht nur Mittel der Verführung und Täuschung, sie sind auch nicht nur Abbilder von etwas anderem, sondern sie entfalten eine eigene Materialität und Schwerkraft. In diesem Sinne hat Andreas Dörner jüngst für eine »politische Semiotik« plädiert, die Symbole nicht als »politisches Placebo« erkennt, sondern als genuine Dimension des Politischen anerkennt. Politische Sprache, Feste, Denkmäler seien daraufhin zu untersuchen, welche Bedeutungen sich mit ihnen verbinden und welche Funktionen sie innerhalb einer Gesellschaft oder einer sozialen Gruppe ausüben.²⁴

Diese Sichtweise symbolischer Politik als eines Zeichensystems, das via Kommunikation politische Wirklichkeiten konstruiert, fügt sich ein in ein breiteres kulturwissenschaftliches Interesse an dem, was man in Anlehnung an Alfred Schütz die »sinnhafte Konstruktion von Welt« nennen könnte. Wirklichkeit ist, der einflussreichen wissenssoziologischen Ausgangsthese Peter Bergers und Thomas Luckmanns zufolge, nicht einfach gegeben, sondern wird als solche sozial konstruiert; ihre Aneignung vollzieht sich über ein System von

23 Murray Edelman, *Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*, Frankfurt 1990, S. Xff.; ähnlich Rüdiger Voigt (Hg.), *Symbole der Politik, Politik der Symbole*, Opladen 1989, S. 10ff.

24 Andreas Dörner, *Politischer Mythos und symbolische Politik*, Reinbek 1996; Charlotte Tacke, *Denkmal im sozialen Raum*, Göttingen 1995; Bettina Brandt, *Von der Kundgebungsmacht zum Denkanstoß. Das Denkmal als Medium politischer Kommunikation in der Moderne*, in: Frevert/Braungart, *Sprachen des Politischen* [wie Anm. 20], S. 168-216; zu politischen Festen siehe Manfred Hettling/Paul Nolte (Hg.), *Bürgerliche Feste. Symbolische Formen politischen Handelns im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1993.

Objektivationen, die die subjektiven Prozesse der Sinndeutung indizieren. Diese Objektivationen sind Zeichensysteme, zu denen in der Alltagswelt Gesten, Mimik, Körperhaltungen, vor allem aber Sprache gehören.²⁵ Sprachformen, bildhafte Vorstellungen und Gesten stecken den Raum ab, in dem sich Wirklichkeitskonstruktionen entfalten können; sie sind dementsprechend auch zentrale Vektoren, die die politische Kultur einer Gesellschaft, ihren »mit Sinnbezügen gefüllten politischen Denk-, Handlungs- und Diskursrahmen«, erschließen.²⁶

IV. Politikgeschichte als Kulturgeschichte

In ihrem Interesse an Semiotik und Sprache im Besonderen treffen sich ältere begriffsgeschichtliche Ansätze und neuere, kulturgeschichtlich orientierte Perspektiven, um Politik als kulturelles System zu erforschen.²⁷ Einer der ersten Historiker, der die Anregungen der Begriffsgeschichte ernst nahm und Sprache nicht nur als Abbild, sondern auch als Produzentin sozialer Verhältnisse betrachtete, war Gareth Stedman Jones. Er legte 1983 eine Studie über »Sprache und Politik des Chartismus« vor, die den Chartismus im Lichte seines begrifflichen Repertoires als eine politische Bewegung aus dem Geist des Radikalismus interpretierte. Stedman Jones las die Reden und Schriften der Chartisten bewusst als politische Texte, ohne in ihnen das Abbild sozioökonomischer Klassenpositionen zu suchen. Die Dekodierung der politischen Sprache lege, so seine These, nicht umstandslos soziale oder wirtschaftliche Interessen frei; vielmehr gelte es, »die Produktion von Interessen, Identifikationen, Beschwerden und Wünschen innerhalb der politischen Sprachen selbst [zu] untersuchen«. Das Vokabular des Chartismus sei nicht einfach eine Übersetzung sozialer Erfahrungen, sondern die Form, in der sich diese Erfahrungen überhaupt erst konstituierten. Diese Form prägte »die politische Aktivität der Bewegung; sie definierte die Bedingungen, unter denen Unterdrückung wahrgenommen wurde, und sie ermöglichte die Vision einer Alternative. Sie be-

25 Peter L. Berger/Thomas Luckmann, *The Social Construction of Reality. A Treatise in the Sociology of Knowledge*, London 1967, S. 49ff.

26 Karl Rohe, *Politische Kultur*, in: Oskar Niedermayer/Klaus von Beyme (Hg.), *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, Berlin 1994, S. 1-21.

27 Vgl. Thomas Mergel, *Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 574-606.

stimmte ferner die politische Krise, aus der sich der Chartismus entwickelte, und gestaltete die politischen Mittel, mit denen diese Krise gelöst wurde.²⁸

Dieser Ansatz hat in den achtziger Jahren eine hitzige Debatte ausgelöst. Warfen manche dem Autor vor, Politikgeschichte als Wiedererweckung der altvorderen Geistes- und Ideengeschichte zu schreiben und hinter die Fragestellungen und methodischen Zugänge einer politischen Sozialgeschichte zurückzufallen, schien anderen sein Vorgehen nicht radikal genug. Stedman Jones' Begriff des Politischen, monierte Joan Scott, sei viel zu eng und auf *state policies* beschränkt; darüber hinaus sei sein Konzept (politischer) Sprache zu eindimensional und übersehe, dass Bedeutungen nicht durch stabile Definitionen entstehen, sondern in einem diskursiven Feld, das sich durch die Bildung von Oppositionen und die Konstruktion von Ein- und Ausschlüssen auszeichne. Dieses Feld wiederum sei, wie bei Foucault nachzulesen, durch Machtbeziehungen geprägt, die die Regeln der In- und Exklusion bestimmten.²⁹

Der Gedanke, dass Sprache ein Exerzierplatz von Machtrelationen sei und solche Relationen selber mitschaffe, hat inzwischen mehrere begriffs- und sprachgeschichtliche Untersuchungen angeregt. Willibald Steinmetz legte Studien zur Semantik politischer Sprache vor, in denen er den Sprachwandel im britischen Parlament des späten 18. und 19. Jahrhunderts oder in den politischen Kommunikationen der 1848er Revolution als Bewegung rekonstruierte, die die »Grenzen des Sagbaren« und damit auch des »Machbaren« verschob.³⁰ Über die Französische Revolution von 1789 hat Lynn Hunt ein breit rezipiertes Buch veröffentlicht, das eine kulturwissenschaftliche Analyse politischer Macht und Ermächtigung präsentiert. Inspiriert von französischen Historikern wie François Furet, Mona Ozouf und Maurice Agulhon, die bereits in den siebziger Jahren versucht hatten, den politischen Charakter der Revolution über eine Analyse ihrer Symbolsprache neu und umfassender zu bestimmen, widmete sie sich der »Politik der Revolution«. Darunter verstand sie die »Regeln des politischen Verhaltens«, in die gemeinsame Werte und Erwartungen eingingen und die die »politische Kultur der Revolution« bildeten. Im Mittelpunkt ihrer Untersuchung stand demgemäß der »symbolische Ausdruck« politischen Handelns: die »Art und Weise, wie die Menschen sprachen und wie sie die Revolution und sich selbst als Revolutionäre in Bildern und Gesten dar-

28 Gareth Stedman Jones, *Klassen, Politik und Sprache*, Münster 1988, S. 21ff., 137f.

29 Scott, *Gender*, S. 56ff.

30 Willibald Steinmetz, *Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780–1867*, Stuttgart 1993; ders., »Sprechen ist eine Tat bei euch.« Die Wörter und das Handeln in der Revolution von 1848, in: Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hg.), *Europa 1848*, Bonn 1998, S. 1089–1138.

stellten.«³¹ Auch hier wird der Sprache eine entscheidende, wirklichkeitskonstituierende Bedeutung beigemessen – wobei sich diese Bedeutung nicht nur in Worten, sondern auch in Gesten und Bildern auszudrücken vermag.

All diese und andere³² Studien haben gemein, dass sie vehement gegen eine sozioökonomische Verkürzung des Politischen opponieren, dass sie Politik als eigenes Machtfeld historiographisch rehabilitieren wollen, dass sie dieses Machtfeld nicht auf den Kampf um politische Repräsentation im engen, verfassungsbezogenen und institutionellen Sinn verkürzen und dass sie das Politische in seinen sprachlich-bildlichen Symbolstrukturen zu erfassen suchen. Die Vorzüge einer solchen kulturwissenschaftlichen Annäherung an das Politische liegen auf der Hand: Sie vermag die Monopolisierung des Politischen durch den Staat, wie sie sich ideengeschichtlich seit der Neuzeit verfolgen lässt, aufzuheben (ohne gleichwohl den Staat als politischen Akteur und Weichensteller gering zu schätzen); sie öffnet den Blick für vielfältige Machtbeziehungen, die sich als politische dort konstituieren, wo es um die Begründung, Verteidigung und Ablehnung ungleicher sozialer Beziehungen geht; sie entdeckt diese Machtbeziehungen in einer symbolischen Praxis, die Sinndeutungen sowohl vorgibt als auch kommunikativ verhandelt.

Wo liegen die Grenzen einer kulturgeschichtlichen Perspektivierung des Politischen? Zweifellos ließe sich einwenden, dass eine so massive Entgrenzung des Politischen, wie sie die Kultur-, aber auch die Alltags- und Geschlechtergeschichte propagieren, zu einer Auflösung des Untersuchungsgegenstandes führen kann. Solche Einwände, die auch schon die Sozialgeschichte der späten sechziger und frühen siebziger Jahre trafen, sind nicht unberechtigt. Die inflationäre Nutzung des Politikbegriffs (die sich auch in unserer Alltagssprache spiegelt) und die »Politisierung« von Verhaltensweisen und Diskursen, die noch vor wenigen Jahrzehnten als gänzlich unpolitisch galten, tragen sicher dazu bei, die Unterscheidungsqualität des Begriffs zu mindern und möglicherweise ganz aufzulösen. Dem lässt sich allerdings nicht dadurch entgegenwirken, dass Politik wieder in klassischer Manier auf die internen Strukturen und externen Beziehungen eines Staates reduziert wird. Vielmehr sollte die in den letzten Jahren beobachtbare Erweiterung des Politik-Begriffs als Ausdruck eines veränderten Verständnisses von Machtbeziehungen und deren Wandelbarkeit verstanden werden. In diesem Verständnis prägen sich nicht nur neue

31 Lynn Hunt, *Symbole der Macht, Macht der Symbole. Die Französische Revolution und der Entwurf einer politischen Kultur*, Frankfurt 1989, S. 22ff.

32 Vgl. die beiden Themenhefte über »Histoire politique, histoire du politique« von Genèses, Nr. 20 (1995), 23 (1996); Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002.

Erfahrungen und Praxisformen aus, die in Zeiten wachsender Politikverdrossenheit (bezogen auf Politik im traditionellen Sinn) und Staatsskepsis auf eine Neu-»Erfindung« des Politischen, zum Teil unter Rückgriff auf bürger- oder zivilgesellschaftliche Konzepte, abzielen.³³ Es geht darin auch um eine Rückgewinnung politischer Handlungsräume und -optionen, die sich jenseits des Staates und seiner gleichermaßen um Exklusion und Exklusivität bemühten Definitionsmacht ansiedeln. Damit wird das, was »politisch« ist, anders austariert, seine Grenzen neu gezogen.

Gerade dieser derzeit beobachtbare Vorgang kann dazu anregen, frühere Zeiträume unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, welche Vorstellungen des Politischen jeweils kursierten, welche Definitionskämpfe ausgefochten wurden, welche Verhaltensweisen als politisch wahrgenommen wurden und welche nicht. Vorstellungen, Kämpfe und Deutungen lassen sich dabei vorzugsweise in symbolischen Formen entziffern, in den Semantiken politischer Sprache und Rituale sowie in deren Wandel. Darin Machtbeziehungen zu entdecken, Ein- und Ausschlussregeln zu identifizieren, sie auf ihre sozialen Bezugspunkte zu untersuchen, zugleich und vor allem aber danach zu fragen, in welchen Medien und unter welchen Kommunikationsstrukturen Soziales, Ökonomisches, Religiöses, Kulturelles, Moralisches in Politisches transformiert wird und wie die Grenzen der Transformierbarkeit bestimmt werden – das sind Aufgaben für eine »neue Politikgeschichte«, die ihren Gegenstand nicht primär in einem »Sachgebiet« (Schmitt) findet, sondern in den Modalitäten und Mechanismen von Grenzziehungen.

Solchen Grenzziehungen sind im vorliegenden Band besonders die Beiträge von Christoph Gusy, Peter Behrendt, Dagmar Günther und Pascal Eitler auf der Spur. Gusy interessiert sich für das Verhältnis von Politik und Recht; er untersucht die Rolle der Staatsrechtswissenschaft bei der Formulierung und Durchsetzung verfassungspolitischer Theorien während des 19. Jahrhunderts, vor allem aber während des Umbruchs 1918/19. Hatte das ältere Staatsrecht die Grenzen zwischen einem »politischen« Staat und einer »unpolitischen« Gesellschaft klar markiert, bemühte sich die juristische Reformdiskussion seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, diese Grenzen durchlässiger zu gestalten. Die Revolution verhalf solchen Konzepten politisch zum Durchbruch, und die Weimarer Reichsverfassung sah ein wechselseitiges Einwirken von Staat und Gesellschaft vor. Das Staatsrecht und die Staatsrechtswissenschaft waren an diesen Ex- und Inklusionsprozessen unmittelbar beteiligt.

33 Ulrich Beck, *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt 1993; Robert D. Putnam, *Demokratie in Amerika am Ende des 20. Jahrhunderts*, in: Friedrich Wilhelm Graf u.a. (Hg.), *Soziales Kapital in der Bürgergesellschaft*, Stuttgart 1999, S. 21-70.

Inklusion hat nicht nur eine kategoriale Dimension, sondern auch eine personelle: Wem wurde die Fähigkeit zu politischem Handeln zu- oder abgesprochen? Welche Gründe waren dafür verantwortlich, und wer befand über die Zulässigkeit von Aus- und Einschlüssen? Und wer meldete wann und mit welchen Argumenten Partizipationsansprüche an? Solchen Fragen geht Peter Behrendt nach, wenn er die Kontroversen um das Wahlalter in der Weimarer Republik nachzeichnet. Die Entscheidung, ab wann Bürger wahlberechtigt waren und damit das vornehmste politische Bürgerrecht in Anspruch nehmen durften, war heiß umkämpft. In den Debatten spiegeln sich zum einen verschiedene Deutungen und Vorstellungen des Politischen, die Behrendt quellennah rekonstruiert. Je nach politischer Couleur privilegierten Zeitgenossen einen engen, staatszentrierten oder weiten, gesellschaftszentrierten Politikbegriff und legten entsprechend unterschiedliche Teilnahmebedingungen fest. Der Vergleich mit Altersbeschränkungen in anderen Bereichen – wie Militär, Kirche, Recht – erhellt zum anderen, ob und inwiefern das Politische und seine Partizipationsvoraussetzungen spezifischen Ausschlussregeln folgten und sich auch dadurch von anderen Handlungssphären, die durchweg großzügiger mit Altersgrenzen umgingen, unterschieden. Wie solche Differenzen begründet und gerechtfertigt wurden, gibt, so steht zu vermuten, unmittelbaren Aufschluss über die Grenzen, die zwischen diesen Sphären gezogen werden.

Grenzverschiebungen stehen im Mittelpunkt der beiden letzten Beiträge. Dagmar Günther untersucht das Verhältnis zwischen Kunst und Politik, das im späten 18. und 19. Jahrhundert als eins der radikalen Trennung beschrieben worden ist. Kunst wollte und sollte autonom sein und sich keinen Rationalitätskriterien unterordnen müssen, die in anderen Bereichen – Politik, Ökonomie oder Religion – galten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde diese Trennlinie zunehmend infrage gestellt, und zwar diesseits ebenso wie jenseits des Rheins. In den Auseinandersetzungen, die französische und deutsche Schriftsteller in den fünfziger Jahren über literarisch-politisches Engagement führten, beobachtet Günther einflussreiche Grenzverschiebungen, die den gesellschaftlichen Geltungsanspruch von Literatur neu positionierten. Solche Verschiebungen setzten sich in den sechziger Jahren in der Wissenschaft fort, die die Aufgabe des Engagements übernahm und sich »politisierte«.

Einen anderen, nicht weniger bedeutungsvollen Politisierungsvorgang zeichnet Pascal Eitler nach. Er beschäftigt sich mit den semantischen Grenzen und Grenzverschiebungen zwischen Politik und Religion. Am Beispiel des Dialogs zwischen Christentum und Marxismus, wie er in den sechziger und siebziger Jahren in der Bundesrepublik geführt wurde, verfolgt er die Deutungskämpfe und Aushandlungsprozesse, die zwischen den prominenten Vertretern beider Richtungen stattfanden. Ihre breite Publikationstätigkeit sicherte

ihnen ein hohes Maß gesellschaftlicher Aufmerksamkeit und Resonanz. Eine wechselseitige Öffnung und Transposition im Verlauf der Debatten war nicht zu verkennen: Der Humanisierung des Marxismus entsprach die Weltöffnung der christlichen Religion. Obwohl sich beide positiv aufeinander zu bewegten, kam es gleichwohl nicht zu einer Konvergenz; spätestens die Frage des Praxisbezugs setzte der Politisierung der Religion definitive Grenzen.

Die Beiträge dieses Bandes verstehen sich als Fallstudien, in denen zentrale Konzepte einer neuen Politikgeschichte aufgenommen, entwickelt und empirisch getestet werden. Dazu gehört die grundlegende Annahme, dass das Politische einen Kommunikationsraum bildet, dessen Themen, Akteure und Medien historisch variabel sind. Was in diesem Raum von wem in welcher Form und mit welchem Ergebnis verhandelt wird, hängt von Voraussetzungen ab, die auf komplexe Prozesse der Macht- und Herrschaftsbildung verweisen. Auch die Intensität der Kommunikation, ihre Semantiken und Praktiken sind stetem Wechsel unterworfen – wie überhaupt das, was jeweils als politisch angesehen wird, dynamischen Deutungs- und Umdeutungsprozessen unterliegt. Wo jeweils die Grenze zwischen dem Politischen und dem Nicht- oder Unpolitischen gezogen wird, ist an spezifische Problemlagen, Interessen und Machtressourcen gebunden. Gleiches gilt für die Grenze zwischen dem Politischen, dem Öffentlichen und dem Privaten. Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen stehen demnach im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Diese Perspektive legt es nahe, sich mit den In- und Exklusionsprozessen zu beschäftigen, die über die Chancen politischer Partizipation befinden; sie fordert aber auch dazu auf, den Repräsentationen des Politischen nachzugehen, seinen Inszenierungen, Sprachen und Bildern.

Ein solches dynamisches und konstruktivistisches Verständnis des Politischen unterminiert den üblichen Gegenstandsbereich einer klassischen Politikgeschichte und leitet gewissermaßen eine »Modernisierung« zweiter Ordnung ein, die die sozialgeschichtlichen Anregungen der siebziger Jahre zugleich aufnimmt und im Sinne neuerer kulturwissenschaftlicher Konzepte weiterentwickelt. Es geht ihm letztlich nicht um eine Erweiterung des Themenkanons oder um eine gesellschaftsgeschichtliche Zentrierung, sondern um eine neue, themenoffene Perspektivierung des Politischen jenseits fester institutioneller Zuschreibungen und Engführungen. Dass das Spektrum möglicher Sichtweisen nicht in den hier versammelten und auf die Moderne fixierten Beiträgen aufgeht, steht dabei außer Frage; Heinz-Gerhard Haupt benennt am Schluss einige sinnvolle Fortschreibungen.

Das Zeremoniell als politischer Kommunikationsraum: Inthronisationsfeiern in Preußen im »langen« 19. Jahrhundert

Jan Andres, Matthias Schwengelbeck

Die traditionelle Politikgeschichte hatte für symbolisches Handeln nicht viel übrig. So befand schon Leopold von Ranke über die Krönung Friedrichs I., mit der sich der Kurfürst 1701 zum König »in« Preußen erhoben hatte: »Wir wollen die Zeremonien derselben nicht schildern: sie haben für unser Gefühl, wenn wir davon lesen, etwas Überladenes.«¹ Otto Hintze, einer der Ahnen der Sozialgeschichte, sekundierte diesem Urteil später, indem er die höfische Prachtentfaltung mit mangelndem politischem Verstand verrechnete. Zwar erkannte Hintze in der Entfaltung des Krönungszeremoniells durchaus eine »politische Notwendigkeit«, aber letztlich schien ihm hier die »Hofkabale« über die »Staatsräson« gesiegt zu haben.²

In den letzten Jahren hat sich nicht nur die Sichtweise der ersten preußischen Krönung gewandelt.³ Insgesamt heben neuere Ansätze die zentrale Bedeutung von Symbolen für den Raum des Politischen hervor. Symbolisches Handeln ist danach weder als ornamentaler Wandschmuck »harter« Entscheidungspolitik noch als ideologische Verschleierung materieller politischer Interessen hinreichend charakterisiert, sondern muss grundsätzlich als konstitutiver Bestandteil des Politischen betrachtet werden. Den Symbolen und Ritualen im Raum des Politischen kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil über sie in verdichteter Form politische Botschaften übermittelt werden können, sie mithin eine spezifische kommunikative Qualität besitzen. Darin liegt auch der Grund, warum neuere Forschungen, die das Politische grundsätzlich als ein Kommunikationsgeschehen betrachten, ein großes Interesse an solchen symbolischen Handlungsformen entwickeln. Beschreibt man das Politische nicht

1 Leopold von Ranke, Zwölf Bücher Preussischer Geschichte, Leopold von Ranke's Werke Bd.1, München 1930, S. 508.

2 Otto Hintze, Die Hohenzollern und ihr Werk, Berlin 1916, S. 265.

3 Vgl. hierzu etwa die zum Jubiläumsjahr 2001 erschienenen Tagungsbände, in denen gerade das Zeremoniell der Krönung im Mittelpunkt steht: Preußen 1701. Eine europäische Geschichte, hg. v. DHM und der Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Bd. II: Essays, Berlin 2001; Johannes Kunisch (Hg.), Dreihundert Jahre Preußische Königskrönung. Eine Tagungsdokumentation, Berlin 2002; Heide Barmeyer (Hg.), Die preußische Rangerhöhung und Königskrönung 1701 in deutscher und europäischer Sicht, Frankfurt u.a. 2002.

mehr als einen festgelegten Gegenstandsbereich, sondern als Ergebnis kommunikativer Akte, die überhaupt erst bestimmen, was politisch ist und auf die Agenda einer Gesellschaft gehören soll, dann stehen die Vorstellungen und Deutungen, die Semiotik des Politischen im Mittelpunkt des Interesses. An den extrem durchgeformten Handlungen des politischen Rituals, des Zeremoniells mit seinen symbolischen Praktiken und Sprechhandlungen lassen sich die semiotischen Dimensionen des Politischen besonders aufschlussreich untersuchen.⁴

Politische Rituale – im ethnologischen Sinn verstanden als sozial standardisierte und auf Wiederholbarkeit angelegte, symbolische Handlungsabläufe – tragen mithin maßgeblich zur Konstruktion des politischen Raums bei.⁵ Das gilt besonders in Situationen des politischen Umbruchs. Ähnlich den lebensgeschichtlichen Passageritualen werden auch Regierungs- und Herrschaftswchsel durch elaborierte rituelle und zeremonielle Inszenierungen vollzogen. Ihre Bedeutung resultiert aus der durch die Schwellenphase evozierten Unsicherheit über die Kontinuität politischer Ordnung. Amtseinführungen in modernen Demokratien ebenso wie monarchische Inthronisationsrituale der Vergangenheit gestalten und überwinden diese Unsicherheit durch rituelle Formen und verleihen dem Raum des Politischen damit eine strukturelle Stabilität.⁶

Die in dem vorliegenden Beitrag fokussierten Inthronisationsfeiern lassen sich begrifflich genauer als Zeremonielle, das heißt als Sonderformen des politischen Rituals, beschreiben. Während die rituelle Ebene stets das Moment des Vollzugs thematisiert, verweist der Zeremoniellcharakter zusätzlich auf die theatrale, darstellende Dimension der Feiern vor einer Öffentlichkeit.⁷ Hebt

4 Vgl. zu einem solchen semiotischen Verständnis des Politischen Ute Frevert, *Neue Politikgeschichte*, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hg.), *Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch*, Göttingen 2002, S. 152-164; dies., *Politische Kommunikation und ihre Medien*, in: dies./Wolfgang Braungart (Hg.), *Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte*, Göttingen 2004, S. 8-19; Thomas Mergel, *Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 574-606; Hans-Georg Soeffner/Dirk Tänzler, *Figurative Politik. Prolegomena zu einer Kulturosoziologie politischen Handelns*, in: dies. (Hg.), *Figurative Politik. Zur Performanz der Macht in modernen Gesellschaften*, Opladen 2002, S. 17-33.

5 Vgl. zu einem solchen weiten Ritualverständnis unter Berücksichtigung der »klassischen« Texte Wolfgang Braungart, *Ritual und Literatur*, Tübingen 1996; David I. Kertzer, *Ritual, Politics and Power*, New Haven/London 1988.

6 Vgl. Kertzer, *Ritual* [wie Anm. 5]; Clifford Geertz, *Centers, Kings, and Charisma: Reflections on the Symbolics of Power*, in: Joseph Ben-David/Terry Nichols Clark (Hg.), *Culture and its Creators. Essays in Honour of Edward Shils*, Chicago/London 1975, S. 150-171.

7 Vgl. Georg Braungart, *Die höfische Rede im zeremoniellen Ablauf: Fremdkörper oder Kern?* in: Jörg Jochen Berns/Thomas Rahn (Hg.), *Zeremoniell und Ästhetik in Spätmittelalter und Früher Neuzeit*, Tübingen 1995, S. 198-208. Es ist jedoch von einem Kontinuum auszugehen,

man die darstellende Dimension des Zeremoniells in dieser Form hervor, dann kann man die Inthronisationsfeiern auch als »figurative Politik« analysieren. Unter diesem Begriff wird in der neueren kultursoziologischen Forschung die »Möglichkeit des Erscheinens des Politischen« untersucht.⁸ Die Erscheinungsformen des Politischen sind dabei auch ein Produkt ihrer jeweiligen ästhetischen Gestaltung. Es geht um die Präsentation des Politischen, wobei dann die Ästhetik als Pragmatik politischen Handelns neu zu bewerten ist. Sie ist nicht nur bloßes Dekor, sondern gehört wesentlich zur »Logik politischen Handelns«.⁹

Diesen Fragen zur Kultur der politischen Kommunikation soll im Folgenden am Beispiel preußischer Inthronisationsfeiern im »langen« 19. Jahrhundert nachgegangen werden. In einem ersten, knappen Teil wird in das übergreifende Thema eingeführt. Daran schließen sich Überlegungen zum Zusammenhang von Zeremoniell und Öffentlichkeit an. In einem diachronen Durchgang wird der Wandel zeremonieller Öffentlichkeiten in Preußen in den Blick genommen. Im dritten Teil stehen dann exemplarisch die ästhetischen und theatralen Dimensionen der Herrschaftsantritte im Zentrum. Hier liegt der Schwerpunkt auf Einzelfallanalysen, die die ästhetische Struktur des Zeremoniells zeigen.

I. Entwicklungslinien des preußischen Inthronisationszeremoniells

Die eingangs erwähnte Krönung Friedrichs I. blieb zunächst ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des monarchischen Zeremoniells in Preußen. Während die Thronerben des »Theaterkönigs«, wie Friedrich II. seinen Großvater einmal spöttisch charakterisierte, auf eine Wiederholung der Krönung verzichteten, nahmen sie jeweils die traditionelle Erbhuldigung ein. Weder der als »Soldatenkönig« in die Annalen eingegangene Friedrich Wilhelm I. noch der als »Philosophenkönig« apostrophierte Friedrich II., die beide der barocken Vorliebe für ausgefeilte Repräsentationsformen gänzlich unverdächtig sind, konnten und wollten anlässlich ihres Regierungsantritts auf das Huldigungszeremoniell verzichten. Gleiches galt für ihre Nachfolger. Bis in das 19. Jahrhun-

das zwischen rituellen Handlungen des politischen Alltags und besonders feierlichen Formen des außeralltäglichen Zeremoniells liegt. Vgl. dazu Braungart, Ritual [wie Anm. 5], S. 60ff.

8 Vgl. Soeffner/Tänzler, Figurative Politik [wie Anm. 5], S. 17-33, hier S. 23.

9 Ebd., S. 23.

dert hinein wurden die preußischen Regentschaftswechsel nicht durch das Zeremoniell der Krönung vollzogen, sondern fanden ihre rechtsgültige Bestätigung in der feierlichen Huldigung der Stände. Erst Wilhelm I. entschied sich wieder für eine Krönung, da die eigentlich von ihm privilegierte Huldigung im Verfassungsstaat nicht mehr durchzusetzen war. Im Kaiserreich wurde sowohl 1871 anlässlich der Reichsgründung als auch 1888 beim Regierungsantritt Wilhelms II. eine mögliche Krönung erwogen, aber nicht mehr durchgeführt. An ihre Stelle traten mit der berühmten Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871 sowie den Reichstagseröffnungsfeiern am 21. März 1871 und am 25. Juni 1888 neue Formen des Inthronisationszeremoniells, die als zeremonieller Ausdruck gewandelter politischer Umstände gewertet werden können.¹⁰

Die so beschriebene Entwicklungslinie soll zunächst kurz erläutert werden, um auf dieser Grundlage die Fragestellungen nach dem Zusammenhang von Zeremoniell und Öffentlichkeit sowie den ästhetischen und theatralen Dimensionen der Feiern beantworten zu können. Die Krönung Friedrichs I. ist mittlerweile gut erforscht und muss hier nicht mehr ausführlich dargestellt werden. Im Kern sind sich die neueren Studien darin einig, dass die Erhebung Preußens zum Königreich, um die es Friedrich I. ging, unauflöslich mit dem Zeremoniell der Krönung verbunden war. Die Krönung war keineswegs nur Ausdruck der Prunksucht eines eitlen Barockfürsten, der nur »seinen Hang für das Zeremonienwesen befriedigen wollte«, wie das einflussreiche Urteil Friedrichs II. lautete.¹¹ Weil symbolisches und politisches Handeln in eins fielen, so der Tenor der neueren historischen Forschung, bestand die Königswürde geradezu in ihrer zeremoniellen Inszenierung.¹²

Einmal erlangt war es für die Nachfolger Friedrichs I. jedoch nicht mehr notwendig, die Königswürde durch eine Krönung symbolisch zu erneuern. Auch ohne Krönung konnten sie auf die Akzeptanz der anderen europäischen Königshäuser und der Hochadelsgesellschaft rechnen. Nicht verzichtbar war hingegen die traditionelle Einnahme der Huldigung. Der Grund dafür lag in

10 Vgl. auch den überblicksartigen Aufriss bei Jürgen Kocka/Jakob Vogel, Bürgertum und Monarchie im 19. Jahrhundert, in: Mario Kramp (Hg.), Krönungen. Könige in Aachen, München 2000, S. 785-792.

11 Zitiert nach Peter Baumgart, Die preußische Königskrönung von 1701. Das Reich und die europäische Politik, in: O. Hauser (Hg.), Preußen, Europa und das Reich, Köln/Wien 1987, S. 65.

12 Vgl. Barbara Stollberg-Rilinger, Höfische Öffentlichkeit. Zur zeremoniellen Selbstdarstellung des brandenburgischen Hofes vor dem europäischen Publikum, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 7 (1997), S. 145-176; dies., Honores regii. Die Königswürde im zeremoniellen Zeichensystem der Frühen Neuzeit, in: Kunisch, Königskrönung, S. 1-26 sowie die übrige in Anm. 3 genannte Literatur.

deren rechtsverbindlicher Charakteristik. Seit ihren Anfängen im mittelalterlichen Herrschaftsverband bestand der Kern der Huldigung in einem Eid bzw. einer schwurähnlichen Handlung, mit der die verbindliche Treue der Untertanen zu ihrem jeweiligen Herrn bekundet wurde. Im Gegenzug verpflichtete sich der Herr, die Rechte und Privilegien der Untertanen zu schützen und zu bewahren. Im Vollzug der Huldigung realisierte sich so ein wechselseitig bindendes Herrschaftsverhältnis zwischen Herrschaft und Untertanen.¹³ Daher ist es gerechtfertigt, von einem vormodernen Verfassungsäquivalent, einer »Verfassung in actu«, zu sprechen.¹⁴ Wie in einem Brennspiegel bündelte sich in der Huldigung die politische Struktur eines Herrschaftsgefüges und wurde im symbolischen Vollzug aktualisiert. Der Stellenwert des herrschaftskonstitutiven Huldigungsrituals resultierte daraus, dass sich die rechtlich-politische Ordnung in der vorkonstitutionellen Zeit überhaupt erst im symbolischen Handlungsvollzug konstituierte; rechtlich-politisches und symbolisches Handeln waren hier identisch. Die Verfassungsstruktur realisierte sich in der symbolischen Praxis, die zugleich deren unmittelbare Erfahrbarkeit einschloss.¹⁵

Folgt man André Holenstein, so verlor die Huldigung jedoch im absolutistischen Staat ihre rechtskonstitutive Funktion. An die Stelle des Rechtsrituals, so Holenstein, trat das barocke Huldigungsfest. Entsprechend dem absolutistischen Souveränitätsanspruch sei hier die Person des Herrschers ins Zentrum gerückt, während den Untertanen nur noch eine Statistenrolle in der herrschaftlichen Inszenierung geblieben sei. Des rechtskonstitutiven Charakters entkleidet habe sich die politische Funktion der Huldigung nun auf die disziplinierende Wirkung des Zeremoniells beschränkt.¹⁶ Demgegenüber hat Andreas Gestrich argumentiert, dass das absolutistische Huldigungsfest seine

13 Vgl. die umfassende Studie von André Holenstein, *Die Huldigung der Untertanen. Rechtskultur und Herrschaftsordnung 800–1800*, Stuttgart/New York 1991; in ähnlicher Weise auch schon Otto Brunner, *Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter*, Wien 1965, S. 261; Hans Müller, *Formen und Rechtsgehalt der Huldigung*, Diss. Mainz 1953, S.1ff.; Bernd Diestelkamp, *Art. Huldigung*, in: HRG Bd. II, Berlin 1978, Sp. 262.

14 Vgl. Holenstein, *Huldigung* [wie Anm. 13], S. 512f.

15 Vgl. Gerd Althoff, *Spielregeln der Politik im Mittelalter. Kommunikation in Frieden und Fehde*, Darmstadt 1997; Barbara Stollberg-Rilinger, *Verfassung und Fest. Überlegungen zur festlichen Inszenierung vormoderner und moderner Verfassungen*, in: Hans-Jürgen Becker (Hg.), *Interdependenzen zwischen Verfassung und Kultur. Tagung der Vereinigung für Verfassungsgeschichte in Hofgeismar vom 22.3.–24.3.1999*, Berlin 2003, S. 7-49; dies., *Die zeremonielle Inszenierung des Reiches, oder: Was leistet der kulturalistische Ansatz für die Reichsverfassungsgeschichte*, in: Matthias Schnettger (Hg.), *Imperium Romanum – Irregulare Corpus – Teutscher Reichs-Staat. Das alte Reich im Verständnis der Zeitgenossen und der Historiographie*, Mainz 2002, S. 233-246.

16 Holenstein, *Huldigung* [wie Anm. 13], S. 507, 511ff.